

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Abonnements: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Vertriebsstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 9 Groschen je 1. d. Millimeter Höhe u. Breite; 33 Groschen je 1. d. Millimeter im Quadrat. Abonnements zu richten nach Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2231. Telegramm-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Volksbank: Leipzig 10068 Fritz Str., Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 6. Mai 1925

5. Jahrgang * Nr. 91

Was wird die SPD. mit dem Volksbloß tun?

Jetzt soll die SPD. den Arbeitern zeigen, wie sie mit ihrer Reichsbannerpartei gegen Hindenburg „kämpfen“ wird
Erklärung der Zentrale der SPD. und der Kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion

Durch die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der Republik sind der wahre Charakter und der Weg, den diese Republik nach dem Willen der herrschenden Klasse gehen soll, blühend beleuchtet worden. Was zu Eberts Zeiten so oft als Ausnahmezustand erklärt wurde, als die Kapitalherrschafft in Gefahr war, durch seine Schranke der bürgerlichen Demokratie eingezogene Diktatur des Großkapitals, durchgeführt von den monarchistischen Generalen, das soll jetzt der normale Zustand in Deutschland werden.

Hindenburg hat vom internationalen Kapital den Auftrag übernommen, die Dames-Kassen aus den wertvollen Massen Deutschlands herauszusprengen und das deutsche Volk den Fesseln der Verträge von Versailles und London und den Schakalen des Völkerverbundes, als Kanonensplitter gegen Sowjet-Rußland, auszufeuern. Das ist die Zukunft Deutschlands, wenn die Hindenburg-Reaktion nicht gestoppt wird durch die gesamte Kraft der wertvollen Massen.

Die Präsidentschaftswahlen haben erneut bestätigt, was die Kommunistische Partei von jeher gesagt hat, daß der Vormarsch der Reaktion so lange unaufhaltbar ist, als große Teile der arbeitenden Massen, verführt durch die sozialdemokratische Koalitionspolitik, am Schwanz der Bourgeoisie marschieren, anstatt in der roten Klassenfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, unter Führung der Kommunistischen Partei, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Nach den Wahlen sind die Parteien des Volksbloßes durch die Erklärung ihres Führers Marx offen zu Hindenburg übergegangen und haben auch den Scheinkampf gegen Hindenburgs Präsidentschaft eingestellt. Trotzdem wagen sie es noch, sich als Opposition aufzuspielen und durch ihre Scheinopposition die lebendigen Massenenergien vom wirklichen Kampf gegen die Reaktion abzuhalten.

Die Kommunistische Partei hält es für ihre wichtigste Aufgabe, dieses Vandalen der SPD. und der übrigen Hindenburg-Republikaner zu durchkreuzen und den Massen den richtigen Weg des Kampfes zu zeigen. Darum hat die Kommunistische Partei in ihrem Offenen Brief an den DGB, und an die SPD. die Maßnahmen genannt, die zum Kampf gegen die monarchistische Reaktion und zur Sicherung der primitivsten Rechte der wertvollen Massen notwendig sind:

- Auflösung der monarchistischen Reichswehr, der monarchistischen Verbände, Entfesselung und Demilitarisierung der Schutzpolizei,**
- Amnestie für die proletarischen Kämpfer gegen die Reaktion,**
- Konfiskation der dynastischen Vermögen, Ausweisung der Mitglieder der ehemaligen Dynastien,**
- Auflösung des reaktionären Staatsgerichtshofes, Starker Rüstungsstopp,**
- Aufhebung der die wertvollen Massen belastenden Steuern.**

Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, mit den Parteien und Organisationen zusammen zu gehen, die sich für diese Forderungen einsehen. Die SPD. und die anderen Parteien, die sich Republikaner nennen, haben es nicht einmal für notwendig befunden, dieses Notprogramm zu diskutieren.

Damit ist bestätigt, daß nur die wertvollen Massen, geführt von ihrer Klassenpartei, von der Kommunistischen Partei, die monarchistische Reaktion ernsthaft bekämpfen können.

Die Kommunistische Landtagsfraktion in Preußen hat zu bereit erklärt, eine Regierung der Sozialdemokraten und der sogenannten Republikaner nicht zu unterstützen, falls sich diese zur Durchführung der Maßnahmen verpflichten. Wie wir voraussehen haben, denken die SPD. und ihre Bundesgenossen gar nicht daran, mit den Kommunisten über die Durchführung der Forderungen zu verhandeln. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun hat sich vielmehr hinstellend an die monarchistische Volkspartei gewandt, damit sie der Regierung beitrete, die ebenfalls sein Bollwerk gegen Hindenburg, sondern ein Werkzeug der Hindenburg-Diktatur sein soll.

Um den Hindenburg-Republikanern keine Ausflucht zu lassen, erklärt die Zentrale der SPD. trotzdem, zugleich im Namen

der Reichstagsfraktion und der preussischen Landtagsfraktion, daß ihr Angebot aufrechterhalten bleibt, nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich. Im Reich kann die monarchistische Luther-Regierung nur mit Hilfe von Zentrum und Demokraten regieren. Eine Regierung der Sozialdemokraten mit den anderen „Republikanern“ wird eine Reichstagsmehrheit bei der Durchsetzung solcher Maßnahmen finden, die geeignet sind, den Kampf gegen das Hindenburg-Regime zu vertiefen. Die Kommunisten werden eine Regierung des Kampfes gegen Hindenburg nicht verhindern und sie zur Durchführung der von der Kommunistischen Partei geforderten Bedingungen verpflichten.

Wir erklären nun vornehmlich, daß wir von einer solchen Regierung, möge sie verprochen, was sie will, nicht erwarten, daß sie einen Schritt des wirklichen Kampfes gegen die Hindenburg-Reaktion unternimmt. Sie würde vielmehr, unbestimmt um ihre Absichten von „gerechter Lastenverteilung“ und dem „Schutz der Republik“ die ganze Dames-Last auf die Schultern der Wertvollen legen und jeden Widerstand durch die Hindenburg-Truppen niederzuwerfen versuchen.

Wir erklären, wir würden einer solchen Regierung eine Gegenkraft gewähren, um

die von schwarzrotgoldenen Schwindel noch betörten Massen durch die Lasten davon zu überzeugen, daß ihre Maulrepublikaner um nichts besser sind als die offenen Monarchisten

und um dadurch die Massen in der roten Front des Klassenkampfes zum Sturz der bürgerlichen Regierung, zur Zerbrechung des Dames-Joches mobilisieren zu können.

Wir werden die Haltung der preussischen Landtagsfraktion vor der Antwort auf diesen Vorschlag abhängig machen und im preussischen Wahlkampf nicht verabsäumen, die Verantwortung der schwarzrotgoldenen Parteien für die schwarzrotgoldene Reichspolitik ebenso eindringlich festzustellen, wie die Tatsache, daß sie es abgesehen hat, in Preußen eine Regierung gegen die Hindenburg-Regierung zu bilden.

Im Bewußtsein unserer Verantwortung vor der Arbeiterklasse als die einzige Klassenpartei des Proletariats erklären wir, daß die rote Front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten die einzige wirkliche Klassenfront gegen die monarchistische Reaktion ist, daß keine bürgerlich-demokratische Republik das Proletariat vor der härtesten Unterdrückung sichern kann, daß wir darum die Übernahme der gesamten Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats als den einzigen Ausweg propagieren und organisieren.

Wir wissen, daß die Hindenburg-Republikaner auf unser Angebot keine ernsthafte Antwort geben werden, daß sie, wie es sich in Sachsen und Hamburg zeigte, und wie es jetzt wieder die Wirkungen unseres Angebotes in Preußen und im Reich beweisen werden, zehnmal lieber mit einer offenen monarchistischen Partei gegen das Proletariat zusammen regieren als auch nur eine Scheinrepublikanische Regierung aufzuspielen.

Wir wissen, daß die Hindenburg-Republikaner nicht daran denken, der monarchistischen Luther-Regierung irgend welche Schwierigkeiten zu machen. Wir wissen, daß unsere Mindestforderungen von allen Parteien, von der Einheitsfront der Reaktion, die von den Sozialdemokraten bis zu den Wölfischen reicht, abgelehnt werden, daß jeder praktische Schritt gegen die monarchistische Reaktion nur durch den Kampf der wertvollen Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei gemacht werden kann.

Wir fordern alle Arbeiter und alle wirklichen Feinde der Hindenburg-Regierung in Deutschland auf, unseren Vorschlag genau zu prüfen und darauf zu achten, wie sie von den Reichsbannerpartei beantwortet werden, die uns Steigbügelhalter der Reaktion nennen

und danach ihre Entscheidung zu treffen. Die Taten der Hindenburg-Republikaner werden wie bisher, je auch weiterhin für uns zeugen.

Berlin, 4. Mai 1925.
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Kommunistische Reichstagsfraktion,
Kommunistische Landtagsfraktion.

Das Reichsbanner soll eine Hindenburg-Garde werden
Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?

Halle, 6. Mai.

Man muß in diesen Tagen besonders aufmerksam die sozialdemokratische Presse lesen. Die reichenden Wölfe, die vor der Wahl Hindenburgs tagtäglich mit dem Maul Monarchisten verfluchten, sind die gesamten Vämmer geworden, die man sich denken kann. Noch zwar brüllt man aus Leibeskräften von dem „Schämann-Krüden“ für Hindenburg und macht laute Blöde darüber, daß jetzt der Transportarbeiter Schämann den Umzug Hindenburgs von Hannover nach Berlin vornehmen könnte, aber die Rückzugslinie vor den Monarchisten wird bereits so deutlich aufgezeigt, daß wir es für eine ganz besondere Pflicht in diesem Augenblick halten, immer wieder den Finger auf diese Rückzugslinie zu legen.

Vor uns liegt die „Volksstimme“, das Organ der sozialdemokratischen Partei Magdeburgs, wo bekanntlich der Reichsbanner-general Döring ist, und wo die Hochburg des Reichsbanners zu finden ist. Ueber drei Spalten brüllt uns die Ueberchrift entgegen: „Siegeseinzug auf Schämann-Krüden“. Man sollte meinen, daß in dem sehr langen Artikel gesagt wird, was man denn gegen den Siegeseinzug Hindenburgs unternehmen will. Kein Wort davon. Von Angriffen handelt es nur, wie ja schon der klübe Ausdruck von den „Schämann-Krüden“ belegt, gegen die Kommunisten. Aber was Hindenburg antritt, so wird dieser in einer Weise angegriffen, daß einem übel davon werden kann.

Die Theorie des ganzen Artikels ist: Hindenburg, das ist der Gesessene von Schwarzrotgold. Die Republikaner würden „den seltsamen Bodenreiter republikanisch einziehen, um so ihn von dem Mutterboden abzuladen, aus dem er herortam“. Den Monarchisten müsse „Hindenburg fürs erste Schwarzrotgold entzembet werden“.

Dann jubeln die Monarchisten darüber, daß Hindenburg den Eid auf die Verfassung in die Hand des sozialdemokratischen Lebe Schwestern müsse. „Wenn Herr Hindenburg auch nur mit der Wimper zuden würde, — — so wäre das bereits Bruch seines Schwurs und Ursache genug, ihn von dem Blase, den er einnehmen zu können glaubt, zu entfernen“.

Wohnt es sich, auf diesen Widwahn, daß es genüge, daß Hindenburg einen formalen Eid schwört, um die monarchistische Gefahr zu beseitigen, überhaupt einzugehen? Selbst der unintelligenteste Arbeiter wird hier verstehen, daß man nur deswegen eine oberflächliche Theorie juristisch, um nicht wirklich zu kämpfen.

Aber dann kommt das, was sich vor allen Dingen die Mitglieder des Reichsbanners Schwarzrot-Gold sehr genau durchlesen müssen und worüber sie sehr lange nachdenken sollten. Die „Volksstimme“ prägt folgenden, für die echten Republikanenteilhaber sehr bezeichnenden Satz:

„Herr Hindenburg wird sich auch des Reichsbanners hübsch annehmen müssen. Die Schutztruppe der Republik wird er auch zu der seinen erklären müssen. Insofern kann die Tätigkeit des Herrn Hindenburg für die Republik unter Umständen ganz nützliche Arbeit sein.“

Was bedeuten diese entscheidungsreichen Worte? Sie bedeuten nichts mehr und nichts weniger, als daß man ganz offen und ganz brutal dem Monarchisten Hindenburg das Reichsbanner anbietet als eine Hindenburg-Garde. Herr Hindenburg möge sich auf das Reichsbanner hüben, dann würde seine Tätigkeit für die Republik ganz nützliche Arbeit sein! So sieht der Kampf gegen die Monarchie jener Leute aus, die von den „Schämann-Krüden für Hindenburg“ phantazieren! Was ist denn das Angebot der „Volksstimme“ an Hindenburg, das Angebot, er möge sich auf das Reichsbanner hüben? Sind das „Küden“ oder ist das nicht das alte Schicksal des Reichsbanners und der Sozialdemokratie in das monarchistische Lager? Uebung hat die Sozialdemokratie bereits darin. Im Weltkrieg war sie ja auch nichts anderes als eine Partei, die nach den Worten Eberts aus in einer „vernünftigen Monarchie“ leben konnte. Diese vernünftige Monarchie Eberts feiert jetzt ihre Umkehrung!

Um ja nicht im Unklaren zu lassen, daß die SPD. wirklich gar nicht, obwohl gar nichts unternimmt, will zur Sicherung der Republik, wird noch zum Ueberflüssigen erklärt:

„Die Republik kann mit dem Wählern der Monarchie nicht warten, die Republik kann überhaupt mit größter Ruhe abwarten, was werden wird.“ Wir glauben, daß es den sozialdemokratischen Arbeiter wehthätig nicht zumute ist, das Wählern der Monarchie aufzuheben und mit größter Ruhe abzuwarten, was werden wird. Wer von den sozialdemokratischen Arbeitern noch einen Funken proletarischen Gespürs in seinem Herzen trägt, der kann auf

diesen Verrat der sozialdemokratischen Führer nur die Antwort geben, daß er austritt aus der sozialdemokratischen Partei und aus dem Reichsbanner und durch Eintritt in die SPD, und den roten Frontkämpfer-Bund die einzige Front unterstellt, die nicht sich gegen Hindenburg kämpfen will, nämlich die rote Front des Klassenkampfes.

Um die ganze Verlogenheit der 'Vollstimmigen' in ihrer ganzen Größe aufzuzeigen, ist zum Schluß nur noch anzufügen, daß die 'Vollstimmigen' auf beiden Seiten des Monarchisten Hindenburg die Weisung haben, die unter der Überschrift 'Siegeserklärung' im Reichsbanner-Bund die einzige Front unterstellt, die nicht sich gegen Hindenburg kämpfen will, nämlich die rote Front des Klassenkampfes.

Dieses kleine Beispiel beweist mehr als alles andere, wie verlogen die Theorie der 'Vollstimmigen' ist, und wie sie nur benutzt wird, um die sozialdemokratischen Arbeiter von einem wirklichen Kampf gegen die Monarchisten abzuhalten.

Die Pläne der Schwerindustrie

Ein wertvolles Eingeständnis der 'Allgemeinen Zeitung' von Halle

Die Schwerindustrielle 'Allgemeine Zeitung' tritt in ihrem geliebten Heimatort, die Heberichstr. 'Der Boden der Tatsachen' hat, folgende Worte von Mussolini:

Als Mussolini nach seinem freigelegten Zug auf Rom zum ersten Male vor das Parlament trat, sagte er zu ihm:

„Meine Herren, das was ich heute in diesem Saal anfühle, ist ein alt-hermanischer Entgegenkommen. Ihnen gegenüber, für den ich von Ihnen kein Schicksal befürchten würde, erwidere ich: Ich habe mich abgeben, um Sie zu unterstützen, und ich konnte Sie nicht unterstützen. Ich habe mich abgeben, um Sie zu unterstützen, und ich konnte Sie nicht unterstützen. Ich habe mich abgeben, um Sie zu unterstützen, und ich konnte Sie nicht unterstützen.“

Das war seine Auseinandersetzung mit dem Parlament.

Die 'Allgemeine Zeitung' bringt diese Worte Mussolinis mit der Wahl Hindenburgs in Zusammenhang. Die Schwerindustriellen wissen, daß das Parlament, die die Verfassung ihnen noch gewisse Schwierigkeiten in der Durchführung ihrer Pläne gegen das Parlament in den Weg stellt. Sie sprechen heute durch Mussolini mit einem offenen Genossen, dem man folgen darf, und der die entscheidenden Pläne der Schwerindustrie auf das klarste enthüllt. Nicht umsonst bringen sie das Zitat von den 300 000 kwerdewirtschaften. Sie wissen, daß mit einem solchen Maßstab das Parlament auseinandergerissen oder zur lächerlichen Attrappe gemacht werden könnte. In Deutschland haben die wasserführenden Kräfte die Funktion der Heberichstr. Hindenburgs Wahl wird in keiner Weise anders bestritten, als daß diese wasserführenden Kräfte zur Machtposition der Schwerindustrie werden, mit der diese Pläne gegen das Parlament verifizieren kann. Karl Seeger, der sozialdemokratische Innenminister, hat vor kurzem erklärt, daß die geistliche Aufgabe des Reichsbanners erledigt ist. Damit löst er den schicksalhaften Verbinden das ganze Reich offen. Seeger hat recht: die geistliche Aufgabe des Reichsbanners ist erledigt. Schwarzrotgold hat kapituliert vor Schwarzrotgold. Nicht aber haben alle jene Proleten vor Schwarzrotgold kapituliert, die sich im Reichsbanner befinden. Sie beginnen zu erkennen, daß es ihre proletarische Pflicht ist, mit aufbauen zu helfen die rote Front des Proletariats. Wenn die Schwarzrotgoldenen ihre historische Aufgabe selbst erledigt sehen, wenn Schwarzrotgold sich zur immer härteren Bedrückung des Proletariats ausweicht, dann wird die rote Front der drei breite Balken und ihre mächtigste Organisation setzen müssen. Der geistliche Sinn des Reichsbanners ist erledigt. Der geistliche Sinn der roten Front beginnt.

Die andere Welt

Von André Martin (Paris)

Von unseren Genossen Bolschewisten eingeladen und von der kommunistischen Partei ermächtigt, habe ich jeden sechs Monate auf dem Boden der Comintern verbracht.

Während jeder sechs Monate bin ich im Lande frei herumgeritten und habe zu jeder von mir gewählten Stunde und umgeben die mit beliebigen sozialistischen und organisierten, die ich habe mit den besten von Personen gesprochen; ich habe hitzige und heftige Kritiken von Gegenrevolutionären gehört. Ich habe das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sorgfältig studiert und bin sogar in das Familienleben eingedrungen.

Und nach jeder unangenehmen durchgeführten Umkehr, wo ich alles gesehen habe, was man in sechs Monaten sehen kann, habe ich das, was in den Augen unserer Sozialisten als Mangel erachtet, kann ich betonen, daß das richtige Leben der Comintern in Frankreich unbekannt ist und daß von Moskau nach Paris kommen, bedeutet, von einer Welt in die andere hinduzutreten.

Es ist unbestreitbar, daß gegenwärtig die materielle Lage des russischen Proletariats sehr ist, und die der französischen, was die geistliche und hitzige Lage betrifft, kann man sie nicht bestreiten. Der Arbeiter Frankreichs lebt als Mensch, während jener Frankreichs, unterdrückt und ausgebeutet, wie ein Vieh, lebt.

Es ist unbestreitbar, daß die wirtschaftliche Lage dieses durch den Krieg und durch die Gegenrevolution verarmten Landes (wobei die Verbrechen und Verwüstungen der französischen Generale und Armee an erster Stelle stehen) sich mit einer erstaunlichen Schnelligkeit wieder zur Erhebung aufschwingt.

Das Elterndeck (nicht so ein schmutziges Messingblech, wie unternes) ist dort seit einer halben Woche rasch. Auch Goldstücke kommen wieder in Umlauf.

Und trotz dieses Aufschwunges ist der Kapitalismus dort tot und verrottend. Es ist das ganze Proletariat, und nicht einige Leute, das dort die Macht erheben will, und auch davon wie leichter Gebrauch macht, als die französische Bourgeoisie gegenüber den Arbeiter dieses Landes, während im 'demokratischen' Frankreich der Präsident, um ein Minimum zu bilden, damit beginnt, die Meinung von Herrn Robinson, dem Gouverneur der Banque de France, entgegenzunehmen. Ich werde über die Ergebnisse von mehr als sieben Jahren Diktatur des Proletariats sprechen und Einzelheiten darüber bringen: sie sind bereit, daß man sie lesen muß, um daran zu glauben.

Ich habe die betriebl. Frau gesehen, die dem Mann gleichgestellt ist, als verständiges Wesen lebt, und ich habe das tatarische Weib gesehen, das vor acht Jahren noch verheiratet und Elwin war,

Die Schulen müssen Hindenburg lehren

(U.) Berlin, 6. Mai.

Wie der Umsturz Preussische Professoren mitteilt, hat der preussische Kultusminister angeordnet, daß aus Anlaß der Amtseinführung des Herrn Reichspräsidenten am 12. Mai der Unterricht an öffentlichen Schulen ausfällt und dafür Schulfestspiele zu veranstalten sind, bei denen die Schüler in geeigneter Weise auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen sind.

Das hat keinen Grund und wie auf die Bedeutung der Wahl Hindenburgs in der deutschen Geschichte, was, weiß jeder. Die Monarchisten haben Obermaier, und eine ganze Generation wird von ihnen mit dem monarchistischen Gedankens verurteilt. Was ist die Schuld? Die Koalitionspolitik mit dem Zentrum und die Auslieferung der Schule an die Herkule Partei.

Hindenburgs Wahl bestätigt

(U.) Berlin, 6. Mai.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung den Generalwahlprüfungsausschuss von Hindenburg für gewählt erklärt. Das Wahlprüfungsgesetz des Reichstages tritt am 8. Mai zusammen, das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl zu prüfen. Das Gericht hat sich aus der Mitglieder des Reichspräsidentenwahlprüfungsausschusses (als Vorsitzender), Dittmann und Dr. Raft und dem Reichsgerichtsrat Kapuhn (Berichteratter) und Dr. Ruff zusammen.

Amnezie?

Angefaßt der bevorstehenden Amtseinführung des neuen Reichspräsidenten Hindenburg sollen zunächst den Fraktionen der rechten Parteien im Reichstag unendliche Verapungen festzulegen haben über die Amnezie. Die Reichstagsliste die, daß nach dem Artikel 93 der Reichsverfassung der Reichspräsident das Begnadigungsgesetz ausübt.

Die Schwarzrotgoldenen verstehen es ausgezeichnet, den sozialdemokratischen Republikanern Chreigen zu verstehen. Ebert hat seit seines Lebens nicht im entferntesten daran gedacht, bei den 7000 politischen Gefangenen des Proletariats von seinem Begnadigungsgesetz Gebrauch zu machen. So ist eine Schande für die SPD, daß ausgerechnet ein Hindenburg, natürlich nur aus demagogischen Gründen, das nachsehen will, was Ebert, weil er eben der Bourgeoisie zu willen sein sollte, veranlaßt hat.

Es wird natürlich keinen klaffenemühten Arbeiter geben, der bei dieser Amnezie irgendein an dem Charakter der Hindenburg-Begnadigung zweifeln kann. Hindenburg wird in seinen Dingen möglichsterweiser Konzeptionen machen, um in den wichtigsten um so besser liegen gegen die Arbeiterklasse loszuspringen.

Die Aufhebung der Immunität von Thälmann und Berg geplant

Im Geschäftsbereichsamt des Reichstages wurde am Dienstag u. a. ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Genossen Berg behandelt. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Bell vom Zentrum beantragte Aufhebung der Immunität. Der Demokrat Kopff und der Deutschnationale Poppel schlossen sich dem an. Genosse Ebert wies darauf hin, daß es sich hier um ein ganz klares, tendenziöses Vorgehen gegen einen kommunistischen Abgeordneten handle, gegen den man geradezu krampfhaft alles mögliche Material zusammenjammere. Das von dem Berichterstatter Dr. Bell vorgebrachte Material könne nach der bisherigen Praxis des Geschäftsbereichsamtunges unmöglich zu einer Aufhebung der Immunität führen. Die Sozialdemokraten wendeten sich durch Dittmann gegen den Antrag auf Aufhebung der Immunität. Die Abstimmung wurde schließlich ausgesetzt.

Ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Genossen Berg wegen Überdang gegen die Staatsgewalt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und sozialdemokratischen angenommen. Es handelt sich hier um die Übertragung von Berg, sich aus dem Stützpunkt des Sächsischen Landtages durch Polizeigewalt herauswerfen zu lassen.

Den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Thälmann wird im Auspruch in der nächsten Woche beraten. In zahlreichen anderen kleineren Fällen wurden Anträge auf Aufhebung der Immunität abgelehnt.

Rheinische Jahrtausendfeier

Soltmann, Krupp & Co.

Während die deutschen Kapitalisten mit den ausländischen Dawes fröhlich vereint die deutsche Arbeiterklasse ausplündern, verfallen sie keine Gelegenheit, um die Arbeiter von der Empörung gegen die Ausbeutung abzuhalten. So dient auch die rheinische

Jahrtausendfeier dazu, die Klassenengegenseit im Interesse des Kapitalismus zu vertuschen, die Arbeiter zu verwirren und abzuhalten. Zu solchen Fälschungen um wird jetzt ein Aufzug veranstaltet, dessen Zweck es ist, die Arbeiter von der Empörung gegen die Ausbeutung abzuhalten, und die Arbeiter von der Empörung gegen die Ausbeutung abzuhalten.

Abel: Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, Köln; Fürst Karl-Heinrich-Wilhelm, Soloth, Grotto; Fürst Salm-Reiter-Scheidt, Soloth, Dett; Friedrich Fürst zu Wied.

Schwerindustrie: Krupp o. Soglio-Hallbach; Thyssen (August), Soloth, Ruppberg; Köhler (August), Soloth, Kortenfeld, Duisburg, Ruppberg; des Reichs v. Dett; Reichspräsident: Soltmann, Löbe, Jörgel, Ruppberg, Seering, Bergmann.

Separatisten: Dr. Adenauer, Trimbom, Fraß, Dr. Hagen (ausgeredet diese Leute feiern die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes).

Hindenburgianer: Wastoff, Jaros, v. Guertard (der sozialdemokratische Reichsbanner-Direktionsrat Köln).

Dazu noch Erzählweise, Habbiner, Konfessionarität.

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland

Hindenburg als „Weltmarktschak“ gegen den Volksgenossismus

Durch die demokratische Presse der letzten Tage geht folgende Note:

„Der 'Tempo' benutzt den 1. Mai zu einem interessanten Aufsatz an alle europäischen Staaten mit Ausnahme Russlands. Das Blatt glaubt die Notwendigkeit zu erkennen, daß Deutschland mit in den Verband derjenigen Staaten einbezogen werden müsse, die es sich zum Ziel setzen, die kommunistische Gefahr gemeinschaftlich zu beseitigen. Dem neuen Reichspräsidenten unterbreitet die 'Tempo' folgende Wünsche, wie es der Welt-Berichterstatter Sauerwein aus Berlin in großer Aufmerksamkeit verhandelt. Dieser 'Tempo'-Artikel bestätigt die Vermutung, daß einflußreiche Kreise angeblich mit einem Projekt beschäftigt sind, das auf die Gewinnung Deutschlands für eine antikomunistische Politik gerichtet ist. Es wird sich bald zeigen, wie sich die französische Regierung zu solchen Plänen verhält, die jetzt in der komunistischen Welt verbreitet werden. Es ist nach darauf hingewiesen, daß Verbände der Weltanschauung, die im 'Tempo' und im 'Matin' erkennbar sind, unterstützt und gefördert werden.“

Der Genossismus, mit dem die bürgerliche Presse Frankreichs diesen Kreuzzug gegen Rußland propagiert, zeigt deutlich, wie hart sich die Bourgeoisie verhält, die jetzt in der komunistischen Welt in Deutschland begierig diese Redaktionen aufreißt, auf dieselben Weise schwärmt sie natürlich für den Sozialismus - zeigt zur Genüge, was das deutsche Bürgertum, einschließlich der Sozialdemokratie, danach leidet, daß Deutschland Zuspähenmerder des westeuropäischen Imperialismus wird. Das offene Lieberzeugen zu Hindenburg muß der Präsidentenwahl in Deutschland Vorschub leisten, nicht mehr, ehe es zu spät ist. Auf dem Kampffeld ist nicht mehr anders, als sich in die rote Front stellen, die geführt wird von der kommunistischen Partei. Nur die kommunistische Partei vermag die Pläne der Bourgeoisie zu durchkreuzen. Die Sozialdemokraten werden sich als noch bessere Hindenburg-Sozialdemokraten erweisen, wie sie es schon von 1914 bis 1918 gewesen sind.

Der Papst für den Monarchismus gegen den Kommunismus

Wir berichteten schon vor einigen Tagen, daß das offizielle Organ des Reichstages, der 'Dietatoren Romano' anläßlich des Ausganges der Reichstagswahl in Deutschland Vorschub leistet. Die deutsche schwerindustrielle Presse konstatiert dies mit Genugtuung. Über der Papst ist auch der dem 'Erbe' der deutschen Monarchisten nicht weniger beliebt. Das französische Kapitalistenblatt 'Le Journal' hielt es für angebracht, am 1. Mai, daß der Papst am 18. Dezember vorigen Jahres in vollem Konsortium einen Alarmruf ausließ und die Regierungsmänner warnte, vor den 'schweren Gefahren des Kommunismus'.

Der Papst ist der Kronzeuge der Reaktionäre und Vorkämpfer der aller Hindenburg in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterfront. Die Unterdrücker nicht breiten lassen, sondern zugleich mit dem Kampf um ihre Befreiung den Kampf gegen die Herkule Zuspähenmerder führen.

Rot Front markiert

An der Panzerreihe des roten Frontkämpfer-Bundes beteiligten sich über 1000 uniformierte Frontkämpfer. In der sich anschließenden Demonstration nahmen große Massen der Arbeiter teil. Die Demonstration erreichte allgemeine Bemerkung. Die Arbeiterwelt hatten zu Ehren des Tages rot geflaggt.

Gerhart Hauptmann geht an Hindenburg

Die demokratischen Blätter berichten über eine Unterredung mit dem Dichter Gerhart Hauptmann, dem großen Freunde von Fritz Reppert, über die Wahl von Hindenburg. Gerhart Hauptmann äußerte folgendes:

„Ich bin für Deutschlands Zukunft nicht bang. Den Kopf nur hochhalten, das ist die Hauptsache!“

(Der betreffende Berichterstatter bemerkt, daß diese Worte mit größter Zuvorkommenheit gesprochen worden seien.) Nach einer Pause des Reduzierten sagt Gerhart Hauptmann hinzu:

„Hast alle Räfte haben erst im Geleiten der heiligen Stahl befliegen. Einem von ihnen wurde, als es besonders hoch betagte, geschicklich und sogar an Kräfte ging, er die Weisung der Kräfte teilte. Während der Ausübung seines heiligen Amtes änderte er sich aber vollends! Er warf die Kräfte von sich - wurde kränkelnd und verjüngt, ihm wurden neue Schwünge, und er wurde der wertvollsten, gleichwertigsten Führer der Götter. Dies ist meine Meinung, die ich an die Wahl Hindenburgs knüpfe.“

Der Dichter Gerhart Hauptmann ist bekanntlich Kapitalist. Als der Krieg ausbrach, war er in der Form, daß er zum Beispiel folgenden Vers dichtete:

„Kommt, wir wollen leben geben
Das Feld, wo Wölfe schreien,
Wo die Büchsenröhren dampfen...“

Ein Gedicht, welches den Schlüßers hat:

„Ich ich nicht gerührt bin
Kann der Feldzug nicht geraten.“

Gerhart Hauptmann wurde natürlich nicht gerührt, er hat auch seinen Kopf nicht hingehalten, und nach dem Kriege ermahnte ihn die Sozialdemokratie zum öffentlichen Schlichter und 'Söhnen' Reppert, über die Wahl von Hindenburg.

Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die demokratischen Blätter diese Unterredung mit Gerhart Hauptmann bringen. Und mit welcher Begierigkeit hat diese Unterredung bringen! Man sieht deutlich, wie sie nun Wort bekommen haben und ausrufen: „Der große Gerhart geht voran, mit alle Folgen leben bald!“

Der große Gerhart geht voran, mit alle Folgen leben bald! Der große Gerhart geht voran, mit alle Folgen leben bald! Der große Gerhart geht voran, mit alle Folgen leben bald! Der große Gerhart geht voran, mit alle Folgen leben bald!

„Freund Ernst“, „Freund Julius“ und „Freund Gustav“

Neue Briefe zum Barmat-Scandal

Der „Vorwärts“ bemerkt sich bekanntlich kraßpöflich, die Korruption der sozialdemokratischen Bonzen zu verurteilen und behauptet tagtäglich, daß die Sozialdemokratie mit Barmat nichts zu tun habe. Heilmann ist bekanntlich ein Ehrenmann und Otto Weis nicht minder.

Schmidel wird jedoch nicht Wahrheit, wenn man ihn dauernd wiederholt.

Warde erst vor kurzem veröffentlicht, wie der Gustav Bauer (Schmarotzer) 3000 Gulden Verdienst an einem Gefängnis in der Justizanstalt waren ihm zu wenig — so können wir heute mit neuen Briefen dienen, die beweisen, daß der Ehrenmann Otto Weis (er hinterließ bekanntlich das Finanzwirtschaftsprogramm Weis, weil das den Profitten Barmats (Schade) auch nicht ganz unentbehrlich bei den Barmat-Gefängnissen war und für seinen Freund Gustav (nicht Streleemann oder Klose, sondern Bauer) eintrat. Ein Brief des Ehren-Weis sieht so aus:

„Berlin, 19. Oktober 1923.

Lieber Ernst! Heilmann!

Vor einiger Zeit sagten Sie mir, daß Freund Julius mich zu wenig zu tun, wegen der zwischen ihm und Bauer bestehenden Differenzen zu sprechen wünschte. Der Trubel der letzten Tage hat mir die Sache ganz aus dem Kopf gebracht. Nun hat mich auch Bauer aufgefallen und mir eine Darstellung nach seiner Auffassung gegeben, zugleich mit dem Erlaube, eine Regelung herbeizuführen. Da so, wenn auch mit zeitlicher Differenz, von beiden Seiten der Versuch gemacht ist, mich für die Angelegenheit zu interessieren, bitte ich Sie, mir Mitteilung zu machen, wann Julius Barmat hier ist. Ich werde mich dann mit ihm in Verbindung setzen.

Wir kommt es dabei auf eine auch für mich sehr wichtige Klarstellung der Dinge an. Wollen Sie so liebenswürdig sein, Julius von diesem Schreiben Kenntnis zu geben, damit eine baldige Erleuchtung erreicht wird.

Mit den besten Grüßen

Otto Weis.

„Freund Ernst“ las sich darauf veranlaßt, die „Freund Julius“ zu interviewen, der nun (weiterhin) in den Blut-Weis folgendes Schreiben richtete:

„Amsterd., 24. Oktober 1923.

Streng persönlich!

Bertraulich!

Lieber und sehr geehrter Herr Weis!

Ihre sehr geschätzten Briefe, gerichtet an Freund Heilmann, wurden bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin durch Ernst ausgehändigt.

In der Angelegenheit Bauer könnte ich Ihnen sehr viel schreiben, wahrheitsgemäß haben Sie dies bezüglich von mir sehr verständig vernommen. Ich will Ihnen aber vorläufig nur den Ausgang seiner Rechnung einbringen, damit Sie einen ungefähren Überblick bekommen. Weiteres und Näheres mündlich. Sie kennen mich wohl, lieber Herr Weis, nicht als feindseligen und geizigen Menschen, und werden auch keinesfalls jemals geglaubt haben, daß ich dies ausnahmsweise gegenüber Herrn Bauer gewollt wäre.

Zur Orientierung anbei Kopien der festgenommenen Korrespondenzen zwischen mir und B. Beim Kontostausung fehlen natürlich die 10 Millionen Mark, die ich Herrn B. außerdem am Anfang des Jahres 1922 gegeben habe, ebenso 600 Stück Demo-Waffen, die im Ausgang auch nicht verzeichnet sind. Mit besten Grüßen, auch an Ihre sehr geehrte Frau Gemahlin, verbleibe ich

J. Barmat.

So mißte sich der Weis in die Barmat'schen Eßtebesorgnisse ein. Und mit dem zuletzt veröffentlichten Brief dürfte auch die Behauptung der sozialdemokratischen Presse widerlegt sein, daß der Parteivorstand von den Geschäften Bauers nichts gewußt habe. Bindeleins seit dem Oktober 1923 ist dem sozialdemokratischen Vorstand also das Geschäft Barmats an Bauer, nämlich die 600 Demo-Waffen, bekannt.

Und diese „Ehrenmänner“ spielen sich heute noch als Arbeitervertreter auf! Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen den „Freunden“ Julius, Gustav, Ernst und Otto den Fußtritt geben!

Vom Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes

Während der Sitzung fand in Berlin der Bundestag des USB statt. Von welchem Geiste die USB-Führung infiziert ist, dafür zeugt der Bericht im Bundesorgan Nr. 5. „Den Bezirken, Kreisen und Kolonnen wird die Pflicht auferlegt, jedes Verbandsmitglied mit dem USB zu unterstellen. Auch mit der Internationalen Arbeiterhilfe hat der Bundestag Entschlüsse gefasst. Wo nicht allein die Aufgaben, sondern die Mittel des Bundesorgans freigegeben werden, welche arbeitserziehbare Gesellschaft die Führung des USB inne hat. Keine Darstellung der Einheit in der Arbeiter-Samariter-Bewegung, keine Zusammenarbeit mit den proletarischen Organisationen, das ist das Ergebnis im Bericht der Politik der USB. In der gleichen Linie liegt die immer engere Verbindung mit den bürgerlichen Organisationen.

Eine Resolution des Bundesvorstandes besagt u. a.: „Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine unpolitische, im Dienste der gesamten Menschheit stehende Wohlfahrtsorganisation.“ Welche Aufgaben! Der USB dient der „gesamten Menschheit“. Die reform-

Marx arbeitslos



„Säße ich als Reichstaugler wenigstens die Erwerbslosenunterstützung nicht radikal abgebaut“

Zur Lage und Taktik der Partei

Folgende Resolution der Berliner Organisation ist auch in einer Sitzung der erweiterten Bezirksleitung Halle-Merseburg einstimmig angenommen worden:

1. Die Taktik der Bourgeoisie: Seit der Annahme des Dames-Programms ist die deutsche Bourgeoisie fast grundständig über ein einzig, erfüllungslos gestelltes Ziel, die Abschaffung und der Kleinbürgerlichen Schichten zu treiben. Sie besitzt kein festes Ziel, sondern nur ein unbestimmtes Ziel, die Abschaffung der Kleinbürgerlichen Schichten gegenüber dem Entente-Imperialismus zu begünstigen. Um wieder eine selbständige, alt-imperialistische Rolle spielen zu können, muß die deutsche Regierung seine „bramantische“ Politik (feindliche Politik gegen die Kleinbürgerlichen Schichten, die von einer schwachen Regierung erwartet) als Anwalt der einflussreichsten Teile der deutschen Bourgeoisie betreibt die vorherige Regierung eine vorsichtige „Politik auf lange Sicht“, sowohl auf außen- wie auf innenpolitischen Gebiet.

a) Außenpolitik: Das Garantiepatentangebot Cuthers war der Versuch, die Gegensätze zwischen England und Frankreich-Amerika (Folge der militärischen Überlegenheit Frankreichs und des wirtschaftlichen Anstiegs) auszugleichen, um als Bundesgenossen Englands militärische Stärkung, frühere Räumung Kolonialgebiete zu gewinnen. Gleichzeitig Vorbereitung des Waffensubstritts zum Zwecke der Waffenspende gegen Sowjet-Rußland.

b) Innenpolitik: Die ganze Schwere der Dames-Kosten sind nur bisher bestimmten Teilen der wertwürdigen Massen fühlbar geworden (Eisenbahnen, Kleinbahn usw.). Erst im kommenden Jahr, wenn der Zinsfuß beginnt und die ganze Belastung auf breitere Massen abgewälzt wird, werden immer weitere Kreise den Dames-Segen spüren. Die Arbeiter, der Mittelstand, die Bauernschaft, der nicht konzentrierte Teil der Fertigungsindustrie wird von den großkapitalistischen Heffigkeiten immer mehr ausgelagert, mit Steuern und Zöllen belastet, wirtschaftlich ruiniert.

Dieser wirtschaftliche und politische Zustand gegen die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen wäre ohne vorbereitende ideologische Vorbereitungsmaßnahmen unmöglich.

Wie die Bourgeoisie im Jahre 1924 durch eine „Aera“ des Pazifismus ihre Wählenden und den Sinn ihrer Dames-Verträge verschleierte, so machen ihre Agenten im Jahre 1925 zum Mittelstück ihres „Gesamtprogramms“ die ideologische „Bezeichnung“ die Frage „Republik oder Monarchie“.

It diese Fragestellung nur ein schwarzrotgoldenes Mandat oder besteht in Deutschland eine monarchistische Gefahr?

a) Die Sozialdemokraten sind ebenso „unerschütterliche“ Republikaner, wie sie zuverläßige Kaiserloyalisten waren. In ihrem Mund ist das Geschrei über die von der monarchistischen Reaktion bedrohte Republik nichts anderes als ein demagogisches Ablenkungsmanöver von ihrer Klassenverzerren Politik und gleichzeitig eine geschickte Spekulation auf die passivsten, republikanisch-demokratischen Einstellungssituationen der Arbeiterklasse.

b) Das Mandat der SPD. und des gesamten schwarzrotgoldenen Blocks wurde erstickt.

1. durch das Verschanden einer monarchistischen Restaurationsgefahr, die ihren politischen Ausdruck unter anderem auch in der Hindenburg-Wahlpolitik findet.

2. durch eine nicht genügend elastische, manövrierfähige Politik der Partei, die sich besonders bei den Präsidentenwahlen und in der Weisepolitik zeigte.

Für die deutsche Bourgeoisie und das Kleinbürgertum ist die Monarchie das Symbol ihrer nationalen Selbständigkeit, imperialistischer Gewaltpolitik, kolonialer Expansionspolitik und kleinbürgerlichen Fortschritts. Die Republik dagegen ist das Symbol der Niederlage des proletarischen Kampfes, der drohenden sozialen Revolution. Das Kleinbürgertum wäre unter der Monarchie selber um seine wirtschaftlichen Forderungen zu betriegen als in der Republik.

Unter den 14 Mill. Hindenburg-Stimmen sind natürlich viele Millionen proletarischer und kleinbürgerlicher Wähler, die in Hindenburg das Symbol der „guten alten Zeit“, der blühenden Lebensmittel, nationaler Selbständigkeit, des soliden Berufsbeamten usw. finden.

Da die entscheidenden Positionen des Staatsapparates in den Händen überzeugter Monarchisten sind und das Ziel der deutschen Bourgeoisie imperialistische Weltmacht ist, besteht eine ernsthafte monarchistische Gefahr in Deutschland, die durch verschleierte Schwierigkeiten noch nicht unmittelbar, aber in, deren Abwehr aber nur durch die SPD. organisiert werden kann und muß.

II. Die Stellung unserer Partei.

Die Verluste, die wir bei verschiedenen Parlamentenwahlen, in einzelnen Gewerkschaften und Betrieben erlitten haben, zwingen zu einer ernsthaften Prüfung der Parteitaktik. Das Wesen der Volksgewinnung besteht in erster Linie in einer rücksichtslosen Selbstkritik und wir können und müssen diese Kritik am 10. schärfer ansehen, als wir wollen!

Die Linie unserer Partei, die Linie Brantats und des E. Weisepolitik ist absolut richtig. In ihr liegt nicht gerichtet werden!

Unsere grundsätzliche, unerschütterliche Haltung, die von der Überzeugung getragen ist, daß die SPD. die einzige Klassenpartei des Proletariats ist, darf gerade „zwischen zwei Welten“ die Situation alle in einer Zeit, in der die kleinbürgerlichen Gewerkschaften besonders groß sind, in keiner Weise verliert werden. Der Charakter der SPD. als der einzigen Arbeiterpartei wird aber nicht nur durch ihre grundsätzliche Feindschaft gegenüber allen demokratischen Klassenfeindern bewiesen, sondern ebenso durch ihre Fähigkeit geliebt zu manövrieren, eine Taktik zu betreiben, die sie für Führer der täglichen Kämpfe des Proletariats, seiner Organisation, seiner Kampforganisationen und schwarzrotgoldenen Flügel der Bourgeoisie befähigt.

Bei jedem Mandat, das die Partei zur Vorbereitung und Organisation der Revolution durchführt, gelten für uns folgende Grundätze, die die bolschewistische Taktik von der Brandler's unterscheiden:

1. Die Partei muß lernen, das Kompromiss, Unterwerfungsgelübde und dergl. gegenüber dem kleinrepublikanischen Flügel der Bourgeoisie (zu deren selbständiger die SPD. als bürgerliche Arbeiterpartei gehört), zum Zwecke der Entlarvung ihrer Schein-

opposition möglich und nützlich sind. Dabei werden wir immer unter selbständigen Auftreten als Klassenpartei des Proletariats betonen. Wir dürfen niemals in der „Republik ohne Republikaner, die wahren Republikaner“ sein. Wir müssen immer betonen, daß wir in der bürgerlichen Republik nur einen kleinen Teil der Forderung unseres Zieles der Rätemacht leben als in der Monarchie.

2. Während die Reformisten in der bürgerlichen Demokratie den Weg zum künftigen Sozialismus in den Sozialismus erblicken, darf die Kommunistische Partei niemals verschließen, daß sie zwar bereit ist, für jede, auch die kleinste Reform (zum Beispiel Steuererleichterungen), die dem Proletariat nützen könnte, zu kämpfen, daß man aber niemals „im Rahmen der Demokratie“, sondern nur durch das Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparates und eine Erleuchtung durch den proletarischen Staat der Arbeiterklasse erreichen kann.

3. Die Kommunistische Partei ist die einzige proletarische Arbeiterpartei. Sie kann also niemals die Sozialdemokratie, die eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, vom „linken Flügel der Bourgeoisie“ auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse herüberziehen. Deshalb ist jede Verbindung mit der SPD. und den opportunistischen Elementen in der Kommunisten, die die von uns angeleitete proletarische Einheitsfront in den Betrieben und Gewerkschaften in eine Verwässerungspolitik zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Arbeiterpartei verwandeln wollen, unmöglich.

Die Schwächen der Partei.

Obwohl bereits in den Zentralauschluß-Teilen vom Januar 1925 darauf hingewiesen wird, daß die Partei schnell lernen muß, richtig zu manövrieren, um in die Frontkämpfe der Bourgeoisie als selbständige Kraft einzugreifen, haben wir unsere theoretische Erkenntnis nur mangelhaft in die Tat umgesetzt.

Der schwarzrotgoldene und SPD. schwarzweitere Block können Millionen Proletarier und Kleinbürger betriegen, weil die SPD. und ihre grundsätzliche Feindschaft noch nicht genügend mit einer geschickten Entlarvungspolitik der republikanischen und monarchistischen Kämpfer verbunden, um dadurch den Massen zu zeigen, daß die SPD. die einzige Führerin aller rebellierenden Schichten ist. Noch immer glauben breite Arbeiterkreise, daß die SPD. zwar sehr im Kampf zu gebrauchen ist. Die Sozialdemokratie in ihrer täglichen Berichterstattung ebenso klar wie in ihrem Revolutionserrat zu unterstützen, diese Aufgabe muß im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen.

III. Was hat die Berliner Organisation zur jetzigen Situation zu sagen?

Es hat stets in den besten Traditionen der Berliner Organisation gestanden, rücksichtslos die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und unseren Bruderorganisationen im Reich in manchen Fragen führend voranzugehen.

Der Ausgang der Präsidentenwahl, die Demonstration von zwei Millionen Proletariats für die rote Klassenfront sind Beweise dafür, daß trotz des Rückfalls der revolutionären Welle ein selber revolutionärer Kern in Deutschland vorhanden ist, den wir führen und erweitern müssen.

Die Berliner Organisation fordert daher in Anbetracht des bevorstehenden Zentral-Auschlusses die Partei auf, die praktische Durchführung der Zentralauschlusses-Prozesse vom Januar 1925 in den Mittelpunkt der Diskussion des nächsten 3. zu stellen. Wir haben den Klassenloyalisten ihr demagogisches Spiel, die SPD. als Stellvertreter der monarchistischen Reaktion zu beschreiben, dadurch die Arbeiter zu verzerren, durch eine zu befristete, baldige, unerschütterliche, sowohl bei der Präsidentenwahl, wie auch bei der preußischen Regierungswahl, wir ausgeschlossene Möglichkeiten, den republikanischen Schwindler der SPD. zu entlarven, indem wir auf der Grundlage eines republikanischen Notprogramms (vergl. Forderungen des „Offenen Briefes“ der „Republik“ vom 28. April 1925 und die Kompositionen des Berliner Betriebsrat) am 20. April 1925) das feine Kröschen dieser „Republikaner“ vor der monarchistischen Konturrevolution entlarvt hätten.

Aus diesen Fehlern zu lernen, heißt jetzt sofort eine breite Massenmobilisierung für die Forderungen des Offenen Briefes in allen Betrieben und Gewerkschaften, Parlamenten und Kommunen durchzuführen. Es gilt, den schwarzrotgoldenen Block zu praktischen Konsequenzen aus seinem republikanischen Geschrei zu zwingen, ohne dabei unsere grundsätzliche Agitation gegen die bürgerliche Republik einen Moment abzugeben.

Die in der Arbeiterklasse durch die Wahl von Hindenburg hervorgerufene Erregung können und müssen wir politisch und organisatorisch zur Stärkung unserer Partei und Presse, zur Aufklärung der Massen und zur Sammlung in den roten Frontgruppen. In allen Betrieben und Gewerkschaften muß der Ruf erklingen:

Herans am schwarzrotgold!
Gehen in die rote Klassenfront!
Vorbereitung des Massenstreiks gegen das Hindenburg-Programm!
Unsere bisher geleistete Arbeit für die Gewerkschaftseinheit, unsere Annette-Kampagne, die Agitation auf dem Lande und unter den Mittelgeschichten muß härter denn je fortgesetzt werden.

Über neben der Durchführung dieser Aufgaben müssen wir ernsthafter denn je an die ideologische Durcharbeitung und Festigung unserer Partei gehen. Nur infolge der mangelnden Schulung der Mitglieder dürfte noch die Gefahr, daß unsere gesamten den Reformisten auf dem Heim gehen und, statt sie zu entlassen, ihnen Vorbereitungen leisten.

Die Vorbereitung des Bezirksparteitages muß unsere Organisation auf dieser ideologischen Durcharbeitung benutzen, die Lehren aus der Vergangenheit für die kommende Arbeit ziehen, um dann der Gesamtpartei ein Vorbild bolschewistischer Arbeit, ideologischer Festigkeit und Manövrierfähigkeit zu geben.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen diesen bedeutsamen Beschluß zum sorgfältigen Studium. Die Berliner Organisation hat durch diesen klaren, richtungswendenden Beschluß in der Tat wiederum ihre Führerkolle innerhalb der SPD. bestätigt. Wir zweifeln nicht, daß dieser Beschluß die Richtung angibt, in der die gesamte Partei marschieren wird. Diese Entscheidung der Berliner Organisation gibt zugleich die Bürgschaft dafür, daß die Partei ein solches Ziel, das die Grundlage der grundsätzlichen, durch den Parteitag festgelegten Partei ist, die gesamte Partei bestimmt wurde.

und in Württemberg die Wahl mehrerer Kolonnen für ungültig erklärt und damit die Entsendung der gewählten Kommunisten unmöglich gemacht.

Es ist höchste Zeit, daß die Opposition im USB. eine systematische revolutionäre Arbeit leistet, um diesen Staat auszumitteln.

Der russische Gewerkschaftsrat für die Londoner Vereinbarungen

Wostok (Mosk.). Die am 20. April eröffnete Versammlung des Generalrates der Gewerkschaften erklärte sich einstimmig einmütig mit den Verhandlungen zwischen dem russischen Gewerkschaftsverband und dem britischen Gewerkschaftsverband einverstanden und beauftragt das Präsidium die erforderlichen Beschlüsse mit den englischen Gewerkschaften zu fassen und seine Maßnahmen mit den ihnen entgegen zu gestalten, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Es wurde eine Kommission für die äußeren Beziehungen gewählt, die beauftragt ist, eine Anleihe an Amerika auf Grund der Arbeiten der Londoner Konferenz fertigzustellen.

Reichsbanner-Kameraden am rechten und linken Frontkämpfern

Wie schaffen wir eine kampfesfähige Front gegen den Monarchismus?

Wir haben auf den von uns veröffentlichten Brief eines Roten Frontkämpfers an die Kameraden im Reichsbanner zwei Antwortschriften von Reichsbannerleuten erhalten, die wir ohne jede Fälschung nachfolgend veröffentlichen.

In die Kameraden im Roten Frontkämpfer-Bund!

In Bezug auf den Artikel in Nr. 85 des „Rajenstämpf“ kann ich nicht umhin, einiges auf das Eingehende des Herrn K. S., Mitglied des Roten Frontkämpfer-Bundes, zu erwidern. Es bin auch nur einfacher Arbeiter und möchte um Nachsicht ersuchen, falls ich nicht richtig ausdrücken sollte. Ich habe es auch freudig begrüßt, daß an verschiedenen Orten Vereinigungen und Einigungen zwischen Reichsbannerleuten und Roten Frontkämpfern stattgefunden haben. Uns würde nichts hindern, eine gemeinsame Front aufzubauen, wenn bei den Mitgliedern des Roten Frontkämpfer-Bundes nicht zu große Abneigung gegen die Reichsbannerleute vorhanden wäre, und warum? Es wäre doch sehr zu begrüßen, wenn die gegenseitigen Anfeindungen unterlassen, wir sind doch alle Arbeiter und Gemeindefreie, hauptsächlich die Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes möchten dies beherzigen und begreifen die Angriffe unterlassen.

Daß das Reichsbanner mal ausschließlich zum Roten Frontkämpfer-Bund überbeten würde, das wird meiner Ansicht nach überhaupt nicht eintreten, da die gegenseitigen Anfeindungen zu vermeiden sind. Wenn der Reichsbanner mal zustande kommen würde, und wir nur das Arbeiterwohl und wobei ins Auge gefaßt würde, würden wir ein großes Stück vorwärts. Ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten das schwarzweiröte Monarchistengeheißel ließe sich eher ermöglichen, wir müßten arbeiten für eine deutsche Arbeiter-Republik. Ein gemeinsames Kampfbündnis zwischen Reichsbanner und Roten Frontkämpfern muß zustande kommen und festliche Elemente, die sich einbringen und nicht mit uns für ihre Arbeiter-Republik fechten, müssen mit allen zu Gebote liegenden Mitteln bekämpft werden. Auch alle überzeugten Arbeiter im Reichsbanner würden es begrüßen, wenn eine gemeinsame Einheitsfront im Kampfe gegen Stahlhelm und Monarchisten zustande käme. Aber der Ruf: Verlaßt die schwarzweiröte Fahne, wird ungehörig verhallen. Rein, unter den Farben der Republik müssen wir mit Euch kämpfen für das freie Arbeiterrecht. Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der zweite Brief hat folgenden Wortlaut:

In die Redaktion des „Rajenstämpf“!

Ich bitte um Abdruck folgender Zeilen: Auf den Brief von einem Roten Frontkämpfer zur Frage der Herstellung der Einheitsfront löst doch die Arbeiterschaft verdrüßlich, sich wieder zuzunehmen, und das ist doch möglich, wenn die Arbeiterschaft sich nicht mehr selbst bekämpft. Und das ist gerade das, was die Nationalen, wie Stahlhelmer, Hitler-Banden und der sogenannte Kämpf wollen, um nachher mit Säure, Pfeile, Knüppel und Messer, wie es jetzt vor Augen gefahren ist, über die Arbeiter herfallen zu können, ganz gleich, ob Reichsbanner oder Rote Frontkämpfer. Die Verdrüßlichkeit der Arbeiter, daß sie größer die Gefahr von rechts. Für die Arbeiter gibt es nur den einen Feind. Gemeinamer Kampf den nationalen Messer- und Pistolengeheißel, den Wegelagerer und Strolchen, welche in Jordan einzelne Arbeiter nachts überfallen und niedermeßeln. Der Reichsbanner soll verschwinden, um so leichter das Zusammenfallen der Arbeiter. Es ist doch gleich, ob einer SPD ist oder SPD. Wenn von uns jeder sieht, daß der gemeinamer Feind der Arbeiterschaft rechts steht, dann muß er von der Arbeiterschaft gemeinsam bekämpft werden, dann kommt auch die Einheitsfront von selbst wieder. Aber es muß auch aufhören, daß Parteielle und Reichsbannerleute auf den Straßen und Arbeitsstellen von vorkommenden Roten Frontkämpfern bekämpft werden. So allein kann die Zeit kommen, wo die große Front wieder einig ist. Ein Arbeiter, parteilos und doch fassendbewußt, aber genau wie die Reichsbannerleute auf der Straße wie auf der Arbeitsstelle angepöbelt.

N. B. Es wäre erfreulich, wenn im „Rajenstämpf“ geschrieben würde, daß die Reichsbannerleute nicht mehr auf der Arbeit bekämpft werden sollen.

Jeder Arbeiter sieht, daß wir nicht so verfahren, was das heißt die „Vollstätt“ der SPD, das in seinem Sonnabend-Artikel die Roten Frontkämpfer ganz offen beschimpft hat, sondern wir geben allen Ausführungen aus der SPD-Arbeiter-Kamp, selbst dann, wenn sie für die SPD an sich nicht schmeichelt. Es ist auffällig, daß bei den Reichsbannerleuten die Beschwörung aller Anzettelungen der Reichsbannerleute von Seiten Roten Frontkämpfer. Obgleich wir als Vorkämpfer der Überzeugung sind, daß Politik nicht gemacht werden kann mit moralischer Entzweiung, und daß es noch lange politisch nicht anders wäre, wenn sich Reichsbannerleute und Rote Frontkämpfer gegenseitig Glaschändelungen entlassen würden, so wollen wir doch grundsätzlich zunächst folgendes feststellen: Wir haben es als Redaktion von jeher vermahnt, statt mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich ernst politisch auseinanderzusetzen, es mit „Wortzirk“ oder ähnlichen unfahren Ausdrücken zu beleidigen, und wir möchten an dieser Stelle den Wunsch des Verfassers des zweiten Briefes unbedingt unterstreichen: Die Roten Frontkämpfer müssen sich immer besser bewußt sein, daß es nicht gilt, irgendeinen Reichsbannermann persönlich zu verunglimpfen, sondern daß es vielmehr gilt, sich erst mit ihm politisch auseinanderzusetzen. Das gilt ganz besonders dann, wenn Reichsbanner und Rote Frontkämpfer in einem Betrieb von ein- und demselben Kapitalisten ausgebeutet werden.

Der grundlegende Irrtum der beiden Briefschreiber

Es ist, daß sie sich der falschen Hoffnung hingeben, daß, wenn der Reichsbanner sich nicht bekämpft, dann schon eine Einheitsfront aller Arbeiter möglich ist. Gegenläufige Beweisen nicht durch bloße gegenseitige Verweigerungen, sondern sie müssen sich zum letzten ausgetragen werden. Die Moral kommt allenfalls nur insofern in Betracht, als das entscheidende Austragen dieser Gegenläufige wird mit ernst politischen Argumenten und nicht mit hysterischem Geknall, wie es jetzt das „Vollstätt“ tut, erfolgt.

Welches sind die Gegenläufige?

Wir wollen ganz kurz und prägnant versuchen, sie aufzuzeigen, wobei wir uns vorbehalten, auch in der Zukunft auf diese Angelegenheit wiederholt zurückzukommen. Aufgabe ist, nicht der Rote Frontkämpfer-Bund, sondern das Reichsbanner ist abgewichen von der roten Fahne, zu der die alte Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht gehalten hat. Aufgabe ist, nicht der Rote Frontkämpfer-Bund hat die rote Klassenfront verlassen, sondern das Reichsbanner hat ein Bündnis geschlossen mit den bürgerlichen Demokraten und den bürgerlichen Sozialisten. Das heißt die Verbündeten des Bündnisses mit dem Bürgerium war ja die Kandidatur Marx, die die Beihilzener arbeitet das Finanzministerium in ungeheurer Höhe. Was zwei Millionen ausbezahlt, aus Lohnd und Bier will die

Elemente im Reichsbanner, es sogar absiehten, diesen schwarzen Zentrumskandidat zu wählen. Aufgabe ist, daß nicht die Ziele des Roten Frontkämpfer-Bundes aufgegeben werden, sondern das Reichsbanner hat, nämlich die Weimarer Koalition mit Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ist in voller Auflösung begriffen. Schwärze laufen, wie wir es vorausgesehen haben, die bürgerlichen Zentrumskandidat und Demokraten zu hindern. Und selbst Ebering hat ja im Reichsbanner Landtag erklärt. Die historische Rolle des Roten Frontkämpfer-Bundes nach aber niemals erledigt sein, denn der rote Front gehört historisch die Zukunft. Das Weichen einer gewaltigen roten Klassenfront fällt zusammen mit der Garantie für den Sieg des Proletariats trotz aller Rückschläge. Die Aufgabe des Reichsbanners einer Koalition zwischen Arbeitern und dem Bürgerium in einem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aber ist das einzige Hindernis für die Bildung dieser großen einheitsfähigen Klassenfront.

Wir legen es ganz offen: Einziges Ziel ist es, alle die ehrlichen Reichsbannerkameraden, die wissen, was Klassenbewußtsein bedeutet, herauszusuchen aus der schwarzgelben Koalition und zu gewinnen für die rote Front. Nur wenn die proletarischen Elemente des Reichsbanners entgegen werden der Beherrschung durch das Bürgerium im Reichsbanner, d. h. also, nur wenn die Reichsbannerleute endlich ihrer Organisation ganz offen den Rücken kehren und die rote Front verkünden, nur dann ist ein wirklich einheitsfähiger Schritt vorwärts getan zu jener kampfesfähigen Einheitsfront, die alle Arbeiter herbeiziehen. Wir richten nunmehr

einige Fragen an die Kameraden im Reichsbanner.

Es Euch bekannt, daß die SPD, einen Offenen Brief an die Vorstände des DDBS, und der SPD, geschrieben hat, in dem sie seine republikanische Forderungen, wie: Entlassung der monarchistischen Offiziere, Verbot der monarchistischen Verbände, Amnestie für die politischen Gefangenen, Abschaffung der Strafkolonien auf die Kapitalisten usw., gefordert hat? In Euch weiter bekannt, daß die kommunistische Landtagsfraktion ein ähnliches Angebot an die Landtagsfraktion der SPD, gemacht hat? Wißt Ihr, daß die Kommunisten erklärt haben, daß sie im Falle der Anerkennung dieser Forderungen durch SPD und DDBS, logar bereit wären,

eine Braun-Geering-Regierung im Landtag gegen die Deutschnationalen zu stützen, daß sie ferner bereit wären, allen genannten republikanischen Forderungen bei einer etwaigen Abstimmung im Parlament zuzustimmen? Wißt Ihr, daß wenn die Weimarer Koalition diese republikanischen Forderungen, was doch eigentlich für Republikaner selbstverständlich ist, nicht unterstützen würde, so gar die parlamentarische Mehrheit gefährdet ist? Haben es die sozialdemokratischen Zeitungen schon gesagt, Euch auch nur die kommunistischen Forderungen offen zu nennen und Euch die Bedingungen des Angebotes mitzuteilen? Nein! Warum nicht? Warum statt dessen die Beschimpfung der Roten Frontkämpfer, die Reichsbanner von der Öffentlichkeit um? Weil die sozialdemokratischen Führer verhindern wollen, daß eine wirkliche Einheitsfront, und wenn sie auch nur republikanische Ziele verfolgt, noch nicht einmal Einzele der Proletariats, zustande kommt!

Die Verleumdung der Kommunisten und Roten Frontkämpfer soll nur Zäsuren sein, Zäsuren, die beim Bekanntheit unter den proletarischen Elementen des Reichsbanners herbeiführen sollen, die sozialdemokratischen demokratischen und zentrierten Führer des Reichsbanners.

Welches sind diese Zäsuren?

Aufgabe ist, daß SPD, die DDBS, bisher alle Angebote der SPD, abgelehnt haben. Aufgabe ist, das Braun-Geering, das versucht, seine Regierung durch Unterstützung der SPD, zu halten, sondern ausgerechnet nach dem Angebot der Kommunisten mit den Monarchisten der Deutschen Volkspartei verhandelt haben Zweck Verbreitung des Braun-Kabinetts. Aufgabe also ist, daß man nicht nur die alle bürgerliche Koalitionspolitik fortsetzen will, sondern logar bereit ist, mit den Monarchisten zusammen zu regieren.

Alles das sind nur einige wenige Bemerkungen zu der politischen Lage, die auch die Reichsbannerleute interessieren wird. Wir wollen heute nichts anderes, als daß alle ehrlichen Reichsbannerleute sich diese Dinge einmal gründlich durch den Kopf gehen lassen. Wir werden es sehr begrüßen, wenn Reichsbannerleute befragen, die auf alle diese Fragen uns Antworten zuschicken würden. Wir verprechen wieder, alles abzurufen, was einfließt. Wir hoffen, daß dann die Diskussion weitergeführt wird, und zwar am Nutzen der Bildung einer wirklich kampfesfähigen Einheitsfront aller Arbeiter.

Kommunistische Unlagereredede gegen den Steuerdrang an den werttätigen Massen

Geselle Sölllein begann seine Ausführungen in der Dienstags-Sitzung des Reichstages mit dem Hinweis, daß durch die Zustimmung vom 29. August 1924 Deutschland durch den schwarzweiröten und den sozialistischen Stolz zu einer Kolonie der internationalen Finanzkrieger gemacht worden ist. Am Rande der fremden Finanzkrieger werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland ausgebeutet und geschloht. Nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne, sondern das immer stärkere Anziehen der Steuerhaken gegen die werttätigen Massen ist das Prinzip des schwarzen Stolzes und seines Regierens. Bei der Zustimmung zum Londoner Abkommen hat die deutsche Regierung, die sich für die Arbeiter, die jährlichen Reparationsleistungen des Reiches durch den Londoner Vertrag endgültig festgelegt würden, daß die Belastung an Rhein und Ruhr verschärft würde und das war vor allen Dingen das Fortschritt der kapitalistischen Regierungen gegenüber den Arbeitern, daß mit Rücksicht auf den Fortschritt der Regierungen das zusammengehörigen Kapitalismus beginnen würde. Dazu kam dann noch die Parole der Sozialdemokratie, daß die Dawes-Lasten auf die Schultern der verschiedenen Kreise der Bevölkerung gerecht verteilt werden würden. Was ist von all diesen Versprechungen erfüllt worden? Die Summe der jährlichen Verschuldungen ist um einige Jahre festgelegt worden. Die Summe nach Beziehen hinausgeschoben. Bereits im Jahre 1925/26 wird der Jahresbetrag des Zinses an die Entente 2 1/2 Milliarden Mark sein. Es muß festgelegt werden, daß der „nationale, deutsche Herrschaftsinstrumente“ es unterlassen hat, das Drückende, Empörende und Entwürdigende der verschärften Verschuldungen, die das internationale Kapital und für uns Ausland zu bringen. Die gegenwärtige nationale Regierung findet sich also mit dem Hauptzitat der internationalen Arbeiter ab. Und wie sieht es mit der Räumung von Rhein und Ruhr? Am 10. Januar 1925 sollte Köln geräumt sein. Anwohner sind Monate verzogen, aber die Räumung ist noch nicht im Gange. Das Rhein und Ruhrgebiet ist in einem beispiellos in der gegenwärtigen Konjunktur des britischen und französischen Imperialismus geworden. Aber trotzdem die Räumung von Rhein und Ruhr feststeht, bringt es die nationale Regierung fertig, die Entente einen Sicherheitspakt anzubieten und in den Westländern einzutreten.

Der Überanbau der Wirtschaft sieht so aus, daß es ein Teil der schwarzbüchlerischen Maßstabs fertiggebracht hat, durch Anziehen der Steuerleistungen und Geknechte der Regierungen ungeheure Vermögen aufzuheben. Auf der anderen Seite haben wir jedoch eine steigende Massenarbeitslosigkeit, eine Produktionsverengung und nachfolgende Notleid der Ausbeutung der breiten Massen. Neben den Steuerleistungen für die breiten Massen kommt die Schaffung eines reichhaltigen Sozialstaats, der die Lebenshaltung noch weiter herabdrückt. Eine Krönung dieses „Widerstandsbaus“ finden wir in der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn, die in Verbindung der kommenden Ententekontrolle die Löhne der stieren und breiten Klasse senken und die der stieren Klasse erhöhen werden. Neben den Steuerleistungen für die breiten Massen kommt die Schaffung eines reichhaltigen Sozialstaats, der die Lebenshaltung noch weiter herabdrückt. Eine Krönung dieses „Widerstandsbaus“ finden wir in der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn, die in Verbindung der kommenden Ententekontrolle die Löhne der stieren und breiten Klasse senken und die der stieren Klasse erhöhen werden.

Der Herr hat die sogenannten Beihilzener den Massenleuten gegenübergestellt. Wenn wir das Beispiel nehmen, so ergibt sich, daß der Beihilzener 38 Prozent und der Reichsbahn 62 Prozent, also nahezu doppelt so viel Steuern in Deutschland aufzubringen. Wenn man den Steuerleistungen für die breiten Massen kommt die Schaffung eines reichhaltigen Sozialstaats, der die Lebenshaltung noch weiter herabdrückt. Eine Krönung dieses „Widerstandsbaus“ finden wir in der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn, die in Verbindung der kommenden Ententekontrolle die Löhne der stieren und breiten Klasse senken und die der stieren Klasse erhöhen werden.

Reichsregierung im kommenden Jahr allein 1100 Millionen Mark herauspressen. Diese Lasten charakterisiert die Beherrschung dieser Regierung und läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, wie es mit der sogenannten „gewissenhaftigen“ der Nation aussieht. Begegnung mit der Gehaltssteuer ermöglicht, so daß sie kaum den 50. Teil an Ertrag bringt, der in England vorhanden ist. Alle Parteien haben in dieser Sache geäußert. Die Sozialdemokraten haben die Lohnsteuer als revolutionäre Steuer den Arbeitern hingeworfen. Ihre Angriffe auf Erhöhung des Gehaltsminimums ändern nichts an der ungeheuren Belastung der Massen. Die Kommunisten haben die letzte Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer, Mindestlöhnen, Kampf gegen die Zölle und jährliche Belastung des Volkes in höheren Steuern gegen die Arbeiter, die letzten Belastung der Steuer mit allen Mitteln erkräften, unter Bräutig des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Wir werden bei der Beratung unserer Steueranträge sehen, was die Sozialdemokratie unter einer sogenannten gerechten Steuerumverteilung versteht. Der Volksschloß hat unteren Steueranträgen gegenüber bemerkt, ob er bereit ist, die Klassenpolitik in die Praxis umzusetzen. Unsere Steueranträge fordern Erhöhung der Ausgaben für Polizei, Reichswehr, Kunst, Technische Hochschule usw.; Verbilligung der Verwaltung durch Ausmagerung der Monarchien; Aufhebung der Klassensteuer, Lohnsteuer

Halle und Saalkreis

Keine Schuld nachgewiesen?

Die Polizei sucht die Schuldigen an dem Stahlhelm-Ueberfall vom 1. Mai. Sechs dieser Verdächtigten sind ihr zwar bereits öffentlich bekanntgemacht worden. Sie wurden auch von der Polizei vernommen. Glaubt aber jemand, daß es etwas anderes zu entdecken, denn daß es Schuldlige genug zu entdecken? Aber dieser Ansicht ist, kann die Freiheit der Stahlhelmer und Wehrmänner nicht sein, denn sie sind immer dann mutig, wenn sie in Gefahr stehen und über wenig herfallen können. Sind die Jungs-Weiden vom Wiking-Bund nicht ein Beispiel, daß alles, selbst wenn man es ihnen haargenau nachweist, abgetuehelt wird?

Und Reagenzien hilft! Während man wegen irgendeiner Kleinigkeit verdächtige Kommunisten, denen man nicht das Geringste nachweisen kann — siehe den Fall des Genossen Doll — monatelang in drückender Unterdrückung hält, werden diese Rurichen einfach laufen gelassen, weil sie betauern, „es“ nicht gewelen zu sein. So berichtet die „Salleische Zeitung“, die Schauerin aller politischen Raubbeute, einschließlich des Herrn Knabensch, unter der schändlichen Ueberföhrung „Keine Schuld nachgewiesen“, daß die

bei einer Schlägerei mit Kommunisten in der Diesdener Straße in Haft genommenen Stahlhelmer ignozieren von der Polizei wieder freigelassen worden sind.“

Keine Schuld nachgewiesen? Da muß ja der Unterdrückungsrichter mächtige Geile gehabt haben, die Sache zu bearbeiten. Somit dauert es etwas sehr lange. Und seit wann nehmen Schöppenteu-

Die Polizei

gibt eine Freiheitsnotiz heraus, daß alle Verletzten und Zeugen vom 1. Mai sich bei ihr melden sollen.

Der „Klassenkampf“

fordert sämtliche Verletzten und Zeugen auf, sich vorher auf der Redaktion des „Klassenkampf“ zu melden, damit die Tatsachen von dem

Stahlhelmüberfall auf den „Volkspart“ wahrheitsgemäß festgehalten werden können.

schuldige Stahlhelmer mit? Bisher mußten diese schon immer nachträglich gemeldet haben bevor sie ins Gefängnis kommen durften. Nun ist diesem am Tatort Zeugenommenen keine Schuld nachzuweisen!

Es ist bedauerlich, daß man nicht weiß, wo er diese sonderbare Feststellung gemacht hat. Waren es vielleicht jene jugendlichen Unterdrückungsrichter, die mit dem Stahlhelmschicksal angehen ihren Dienst verrichten? Oder war es der würdige Herr, der erstärkte mich und Ertraten zu verhängen hätte, würde er den „Klassenkampf“ noch viel härter bestrafen.

Nebenfalls bereit ist die Justiz der deutschen demokratischen Republik noch nicht einmal bei Barmat und Kautzler zu solcher Schmeiße-Beurteilung.

Sie haben allen Grund, an der Objektivität jener Stahlhelmschuldigen Unterdrückungsrichter zu zweifeln und glauben daher nicht an die Schuldlosigkeit der aus der Haft entlassenen Stahlhelmer!

Wie aber ist es mit den heldenhafsten Säureprüfern, deren Namen wir nicht nur angeben haben, sondern bei denen wir auch über den Vorgang zu ihren Schutzurteilen berichten konnten.

Sie zu verhaften, hat die Polizei noch keine Schritte unternommen.

Es ist der Polizei zu vertrauen, daß sie behauptet, das Attentat könne für sie solange überhaupt nicht als Tatfrage gelten, bis sie die Verletzten gesehen hat. Es heißt aber sehr, daß der Vizeoberwachmeister Meier den Richter 8 die Verletzten gesehen und die Namen von drei Zeugen notiert hat, von denen der eine jedoch erkrankt befunden kann, daß die Fälschung, mit der gedruckt wurde, Salzwasser ist. Die Aufforderung der Polizei, daß sich Zeugen melden mögen, ist also um so grotesker, als sie sehr in der Form des „letzt“ gehalten ist!

Am 1. Mai 1925, nachts gegen 11.30 Uhr, fand in der Kleinen Götterstraße, Ecke Wolkenstein, eine größere Schlägerei statt. Hierbei soll geschossen und mit Säure umgespritzt worden sein.“

Aber es wirkt sich nicht nur grotesk aus, sondern es dient, wie schon die anderen Polizeiberichte, einfach zur Verhinderung der wahren Tatsachen.

Wir fordern sofortige Verhaftung der schuldigen Stahlhelmer! So darf es nicht weitergehen!

Nicht nur in Halle werden die Hakenkreuzler immer frecher, sondern im ganzen Bezirk Mitteldeutschland. So sind in Vitzthum zwölf Stahlhelmer über ein e Arbeiter hergefallen, der nicht einmal einen Stock bei sich hatte. Auch dort regnet es Drohbriefe und Anführungen, daß man die Kommunisten „verzeihen“ werden. So bekam die Frau des Genossen Brauer aus Bitterfeld, neben vielen anderen Zuschriften ähnlichen Inhalts, eine Karte, die lautet:

Maria Frau Brauer!

Da wir Sie für den vernünftigen Teil Ihrer Ehe halten, raten wir Ihnen, Ihren Mann von dem „Klassenkampf“, Tragen abzuhalten, da wir jetzt mit allen Mitteln gegen solche Leute Hande wie Sie Mann ist, vorgehen werden. Wir haben eine andere Stelle für Ihren Mann (Witwen von Peterbusch Weg) monatlich 250 M. Gehalt. Wenn er nicht abläßt, werden wir ihn töten.

Die Zertröpfung



Auf der anderen Seite der Karte steht: „Hoch Hindenburg! In diesem Gebäude (gemeint ist der Bahnhof) wird Er noch getroffen werden. Daß Er sich nicht erwidert!“

Natürlich ist auch diese „Zertröpfung“ Hakenkreuzer, deren Namen zu nennen, was von politisch-ethisch-stilligen Feldern auch nicht anders zu erwarten ist.

Das Herberding-Prewoing-Parlament

39. Provinzial-Landtag

Merseburg, 5. Mai.

Es sieht hier alles so aus, als ob. Aber es sieht wirklich bloß so aus. Zu sagen haben die Leute nichts, die da unten ein bißchen „Parlament“ spielen. Daran ändern auch die feierlichen schwarzen Reklame nichts, in die sich vor allem sozialdemokratische Überbügemeister und Mandatäre geschmiegt haben. Mit Genehmigung einer hohen Staatsregierung dürfen sie zusammenkommen und deren Vertreter erklärt ihnen, was sie zu tun und was sie zu lassen haben. Steuern dürfen sie bewilligen, Umlagen erheben lassen, Gelder von der Bevölkerung einholen, die eigentlich der Staat bezahlen müßte. Konk ist dieses parlamentarische Getriebe nur Kaffee. Und das ganze nennt man im republikanischen Sprachgebrauch

„kommunale Selbstverwaltung“.

Es ist zum Lachen; man sieht wieder einmal das herrliche Ergebnis der November-Revolution. Und es paßt sehr gut zu dieser Rolle, daß der Beauftragte der Herren Höfing und Senring in seiner Erklärungsrede über die Schritten auf die Wand markiert. Nur eins ist hier im Landtagsgebäude, wo es aussieht; in den großen bunten Fenstern stehen die monarchistischen Wappen von Reich und Staat noch unverändert aus der Hofenpollernzeit. Das eine trägt sogar die ganz etwas abgegrätzte, oder trotzdem unmissverständlich Antifront „Königreich Preußen“. Es kann also gleich darüber festgesetzt, „Erzählers von Wilmowitz“ nicht sein bereit, die alte Uebung des Aufnehmens vor Herrn Kaiserhof-Königlichen Gnaden wieder aufzunehmen. Und wenn der jüdischen gefahren sein sollte, wenn's soweit ist, wird sich schon ein sozialdemokratischer Kaiser finden.

Höfing ist wieder traurig. Ist ihm Senrings Bannfluch gegen Wilmowitz arg in die Knochen gefahren? Das was ist sonst mit ihm? Hat er am Ende gar auf der SPD? Wilmowitz war's schon. Der Magdeburger Überbürgermeister Weims ist auch traurig und sieht bedauerlich. Er hat also diesmal nicht Präsident werden. Dazu macht die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront den Halberstädter Überbürgermeister Weber (SPD). Einige Mitglieder geben weße Zettel ab. Die SPD-Fraktion stimmt für Genossen Wilmowitz. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

gewählt wird vom bürgerlich-sozialdemokratischen Block der schwarzweiße Monarchist Zehle, Magdeburg

erlauben sich schließlich SPD-Deute allerhand Späßchen, indem sie „Zehle“, „Hindenburg“ und ähnliche berülmte Namen auf die Zettel schreiben. Wie nett dies Vergnügen: Barmat-Deute veräppeln Zehle, Hindenburg-Berecher Hindenburg. Wenn darüber nicht die schwarzweißrote Provinzial-Landtags-Einheitsfront in die Brüche geht!

Vom Beisitzer, der auf die SPD-Fraktion entfällt, mit Genosse Holzweglich-Wildhildig gewählt. Der Vorstand ist also komplett. Es kann losgehen. Und es geht los.

Bei den Mitteilungen über Veränderungen in den Fraktionen wird vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die Abgeordneten Zehle, Dornblut und Magdon aus der SPD-Fraktion ausgeschieden sind und sich der SPD-Fraktion angeschlossen haben. Beim letzteren wird das erst nachträglich aus der SPD-Fraktion heraus durch Zurek festgestellt. Ein paar Minuten vorher hatte dieser Geselle einem Mitglied der SPD-Fraktion versichert, „daß er nicht daran denke, der SPD-Fraktion sich anzuschließen“. In dem umfassen Aufschaden wurde er noch heute weiß als „bei keiner Fraktion“ aufgeführt. Dieser Herr Zehle hat aber keine Idee es weiter unten nach) von politischem Reichtümsgefühl!

Die Tatsache, daß Zehle und Dornblut nicht nur die SPD-Mandate mit zur SPD genommen haben, sondern auch die Siege im Provinzialauschluß, daß damit also die SPD-Fraktion überhaupt keine Vertretung in dieser wichtigen Körperschaft mehr hat, unterläßt unsere Genossen zu folgender, von Worsdorff-Wittenberg vortragener:

Erklärung gegen Zehle und Dornblut:

Die Fraktion der SPD stellt fest, daß sie trotz der zahlreicheren Siege, die eine Vertretung im Provinzialauschluß sichert, in dieser Körperschaft, die tatsächlich die Geschäfte der Provinz führt, nicht vertritt. Die Ursache ist das heillos e in eine politische Schicksal der SPD. Das ist die SPD-Fraktion in den Provinzialauschluß delegierten Abgeordneten Zehle und Dornblut. Beide haben innererzeit ihre Mandate zum Provinzialauschluß von der SPD, als Beauftragte dieser Partei erhalten und sich verpflichtet, sie jederzeit niederzulegen, wenn die Partei es verlangt.

Zehle und Zehle und Dornblut aus der SPD, ausgeschieden, ohne bisher ihre Mandate der Partei zurückgegeben zu haben. Diese Handlungsweise ist bei Zehle um so niederrichteriger, weil offensichtlich gerade bei ihm materielles Streben um für den Eintritt in die SPD, der Saupfinggrund war.

Die kommunische Fraktion begrüßt das Ueberlassen dieser letzteren Mitglieder der SPD, da es sich um die politische Kommunisten nicht geht. Diese Mitglieder sind für die politische Arbeit der Partei nicht geeignet. Sie stellt jedoch das scholle Verhalten von Zehle und Dornblut vor der gesamten Arbeiterschaft fest.

Da von den beiden Mandatären eine Niederlegung ihrer zu Unrecht behaltene Mandate im Provinzialauschluß seit ihrer Veranlagung nicht zu erwarten ist, der SPD-Fraktion wird, der kommunische Mitgliederfall auf Grund ihrer Haltung eine Vertretung im Provinzialauschluß aber nicht zurechnen werden kann, fordert sie vom Landtag nach § 21 der Geschäftsordnung eine Entschließung zur Sicherstellung dieser Vertretung für den Rest der Wahlzeit.

In der SPD-Fraktion fauchte man während der Verlesung vor Zehle und Zehle sagte es, seine Anmerkungen zu verteidigen mit folgendem Text: „Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg 196 000 Stimmen bekommen, bei der letzten Wahl aber weniger. Die abgewanderten Wähler wollen die beiden im Provinzial-Landtag vertreten. Und dann sprach dieses gehäufte Mißverständnis von Unrechtheit von der „Unrechtheit, die angeblich in der SPD herrsche“. Was Zehle wohl damit meint? Zehle ist ein gewisses Mitglied der SPD, im Bezirk Halle-Merseburg

Junge Arbeiterportier!

Am kommenden Sonntag, dem 10. Mai, findet in Leipzig der Mitteldeutsche Jugendarbeiterkongress statt. Neben dem Kongress ist ein Aufmarsch der Jugendarbeiter geplant. Der Kongress hat sich mit den wichtigsten jugendpolitischen Aufgabenstellungen auseinandergesetzt. Das Besondere ist die Jugendarbeit für Bekleidungs- und Jugendliche. Ausdrücklich ist die Jugendarbeit für Bekleidungs- und Jugendliche. Ausdrücklich ist die Jugendarbeit für Bekleidungs- und Jugendliche.

Kampf gegen das Arbeitsbeschäftigungsgesetz!

Die Jugend der Arbeiterportier! Auch Ihr gehört zu den ausgebeuteten und ausgegrenzten jungen Proleten. Auch Ihr gehört in die Front der Unterdrückten. Auch Ihr müßt den Kampf führen gegen die Ausbeuter des Proletariats. Auch Ihr gehört in die rote Front der Bekleidungs- und Jugendlichen. Auch Ihr gehört am Sonntag, dem 10. Mai, auf die Straßen von Leipzig, in den Demonstrationen der mitteldeutschen Jugendarbeiter. Deshalb, junge Arbeiterportier, laßt Euch für den Kampf gegen das Arbeitsbeschäftigungsgesetz nicht unterwerfen der Partei. Von jedem Arbeiter-Sportverein muß mindestens ein junger Vertreter anwesend sein.

Arbeiterportier! Laßt am kommenden Sonntag ab 9 Uhr und Handballspielen, nicht am Sonntag nicht wandern oder betriebl. Sport, sondern demonstrieren am Sonntag in Leipzig für die Forderung des Jugendarbeiterkongresses!

Anmeldungen zu den verschiedenen Abteilungen werden täglich angenommen in der „Kommunisten-Gesellschaft“, 2. Etage, Zimmer 5, und am Freitag, dem 8. Mai, zwischen 6 und 8 Uhr im Kolping-Treffpunkt, Preis 1,50 Mark. Abfahrt von Halle: Sonntag vormittags 6.45 Uhr. Treffpunkt eine halbe Stunde vor Abfahrt des Zuges am Hauptbahnhof.

Junge Arbeiterportier, auf nach Leipzig!

rote Sportler von Mansfeld!

Die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zwingt auch uns Arbeiterportier, Stellung zu nehmen. Obwohl die Arbeiter-Sportbewegung in Kreisen und der Jugend der Arbeiterportier, welche die klare Aufzeichnung des Kampfes gegen die Klassenkampfbewegung. Die geistigen Führer der Jugend der Arbeiterportier sind am Standpunkt, Sport ist Sport und Politik ist Politik. Wir den Genossen aber, welche erkannt haben, daß Politik im Sport besteht, mußte man ihnen zeigen und helfen, was die Arbeiterportier und Sportbewegung aus (Geld, Fracht, etc., die Naturfreund) um. Der Grundplan für die revolutionäre Arbeit innerhalb der Arbeiter-Sportbewegung ist bereits gelegt.

Im Herbst vorigen Jahres tagte der 3. Weltkongress der Roten Sportinternationalen in Moskau

Auch die Arbeiterportier des Unterbezirks Mansfeld haben die Pflicht, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir sind deshalb zum Sonntag, den 17. Mai 1925, vormittags 10 Uhr, nach dem „Volkshaus“ in Cisleben, eine Konferenz der roten Sportler

ein. Wie ersehen, daß auf dieser Konferenz von jedem Arbeiter-Sportverein ein Delegierter, Mansfeld mindestens ein Klassenbewußter Vertreter anwesend ist. Parteihaft ist mitzubringen.

Arbeiterportier! Erkennt die zwingende Notwendigkeit des Zusammenstehens auf revolutionärer Grundlage, schafft die Einheit der Arbeiter-Sportbewegung. Nehmt an den Kampf auf gegen die Spaltung der Arbeiter-Sportbewegung! Halle, den 6. Mai 1925.

Das rote Bezirks-Sportkartell.

Für die Frankfurter Olympiade

Die Jugend der Arbeiterportier hat zur Frankfurter Olympiade-Bereitstellung große Kräfte in die Front der Unterdrückten und andere, die der Roten Sportinternationalen angegeschlossen sind, nicht einladen. Sie tragen die volle Verantwortung für die Kampftätigkeit in Frankfurt. Die Rote Sportinternationalen und der Ruffische Sportverband machen die größten Anstrengungen, um an der Frankfurter Olympiade mitzuwirken. Die Jugend der Arbeiterportier hat allen Befehl, die innerhalb der Reichsbund der Jugend der Arbeiterportier eine Initiative für die Teilnahme der Ruffischen Sportinternationalen zu ergreifen und ihre Teilnahme zu fördern.

Kleine Leute

Eine Erzählung von Hermynia zur Mühlen

Frau Grammel kam. Schon an der Tür fragte sie: „Nun?“ „Nichts“, erwiderte Enoch. Die kleine alte Frau setzte sich. „Es wird schon besser werden. Wenn das Proletariat zur Macht gelangt.“ Sie war wohl besessen von diesem Gedanken. „Warten in ihrem Heim mußte Maria haben. Mütterchen, das wird doch nicht sein.“ Frau Grammel verlor nicht die Fassung. „Nein, meine Kinder. Aber der kleine Joch wird es erleben. Der wird nicht mehr die Not kennen. Und das ist die Hauptsache. Aus alter Gewohnheit, doch mit tiefer Überzeugung sprach Joch: „Gott gebe es.“ Frau Grammel überredete Maria, am folgenden Abend zur Veranlassung zu gehen; eine russische Genossin würde über die sozialen Einrichtungen in Rußland reden. Maria verpackte zu kommen. Frau Grammel zeigte sich einen roten Cowjettern, den sie auf der Straße traf. „Nun, was hat der Vater geantwortet, als er ihn sah?“ meinte sie. „Gut, der arme Vater. Er ist halt alt; ihm fehlt die revolutionäre Stoffkraft. Aber ich bring ihn doch noch in die Partei. Ich werde leben.“ Joch schaute seine Schwiegermutter an und sah auch schon vor sich den alten Grammel, wie er doch so wehmütig, mit stützendem Hand den Cowjettern in sein Knie drückte. „Als sie schlafen gingen, warf Joch einen Blick auf den Kalender. „Morgen ist Mittwoch“, sprach er. „Mittwoch.“ Die Oberwachen fiel ihm ein, kirchliche Zeremonien, das Bestimmen des Gottes am Karfreitag.

verbindet. Das sind Tatsachen, die bei jeder Gelegenheit gegen die Reformisten setzbar werden müssen, um die freien Arbeiterportiermassen gegen die Politik der Reformisten zu mobilisieren und sie zu gewinnen für die Herstellung der Einheit der gesamten internationalen Sportbewegung. So wie die russischen Arbeiter die internationale Gemeinschaft in allen Aktionen der Arbeiterportier erstreben, die auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung bereits in der Schaffung eines Bündnisses der englischen und russischen Gewerkschaften gipfelt, so muß auch die Opposition in Deutschland wie in den übrigen Ländern unermüdet mit Aufbietung aller Kräfte für die Einheit wirken. Mit dem Ausschluß der Roten Sportinternationalen aus dem Reformisten-Block, der revolutionären Teil der Arbeiterportierbewegung spalten. Es soll nur jener Teil der Opposition, der sich noch in der Jugend der Arbeiterportier befindet, zur Olympiade zugelassen werden, um von vornherein zu verhindern, daß die Frankfurter Olympiade eine Demonstration für den roten Sport wird. Aber die Opposition ist innerhalb der Jugend der Arbeiterportier noch im Entstehen. Die Reformisten der revolutionären Olympiade der Arbeiterportier so stark, um die Frankfurter Olympiade zu einer mächtigen Kundgebung gegen die Bour-

Rote Frontkämpfer, rote Jungkürmer! Rühret zum roten Tag in Berlin am 21. Mai!

geoffe und ihre Sportverbände zu gestalten. Alle oppositionellen Sportler müssen zur Stärkung der Opposition, zur Ausübung der Frankfurter Olympiade, zum Antippen neuer Verbindungen, zur Verbreiterung der revolutionären Ideologie, die die Ruffische Partei, alle Kräfte antizipieren für die geschlossene Beteiligung aller Arbeiterportierverbände an der Olympiade.

Ein Teil der Arbeiterportier glaubt der oppositionellen Bewegung am besten zu dienen, wenn sie der Frankfurter Olympiade fernbleiben. Aber auch diese Sportgenossen werden erkennen müssen, daß sie im Kampf gegen die reformistischen Führer nur dann erfolgreich sein können, wenn in der geschlossenen Front aller Arbeiterportier kämpfen. Die geschlossene Beteiligung aller oppositionellen Arbeiterportier an der Frankfurter Olympiade schafft die Voraussetzung dafür.

In Frankfurt aber werden wir Verbindungen antizipieren, um die im Jahre 1926 in Moskau stattfindende Rote Sport-Olympiade zu einer großen, einheitlichen und geschlossenen Demonstration der Arbeiterportierverbände der ganzen Welt zu machen. Dieses große Ziel muß jeder Arbeiterportier ins Auge fassen und alles verhindern, was geeignet wäre, die Opposition von den Arbeiterportiermassen zu isolieren. Das sind die Pflichten der Reformisten. Wir müssen sie durchsetzen. Unsere Aufgabe ist die Herstellung der Einheit, die Herstellung jener breiten Koalition zur Unterdrückung der Klassenfront des revolutionären Proletariats.

Der Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes

Hinter verschlossenen Türen tagte in Berlin der 10. Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes. Eine anfängliche Kartenkontrolle verhinderte den Eintritt unzähliger Gäste. Nicht einmal die proletarische Presse wurde zugelassen.

Die Tagesordnung der Tagung entsprach nicht den Forderungen, die die Klassenbewußten Samariter an ihre Organisationen stellten. Gleich am ersten Abend zeigte sich das. Die von den Genossen des 5. Kreises (Hessenland) gestellte Forderung des ausgeschlossenen Genossen Dorfmüller (Düffeldorf), damit dieser sich vor dem Bundestag rechtfertigen könne, wurde unter dem Vorwand statutenmäßiger Unzulässigkeit gegen eine harte Minderheit abgelehnt. Gleiches wurde der vom 2. Kreise (Sachsen) eingebrachte Antrag auf schleunige Einigungsverhandlungen mit allen auf proletarischem Boden lebenden Samariter-Organisationen abgelehnt. Der 10. Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes, um alle Möglichkeiten für die Herstellung einer einheitlichen proletarischen Samariterorganisation zu erschöpfen. Nachgehend der Briefwechsel: Betreffs Zulassung zum Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes.

Berlin, den 12. April 1925.

Werte Genossen!

Wir erinnern daran, daß wir Euch in unserem letzten Schreiben vom 5. März darum ersucht haben, auf dem Bundestag unseren Antrag zwecks gestaffelter Zulassung zur Entscheidung zu bringen. Wir bitten um baldige Mitteilung, wie sich der Bundestag entschieden hat. Wir erinnern nochmals, daß wir Euch und Euch um den Dingen der Euch bekanntem, daß unser Bundestag (Märztagung 1924) angenommenen Resolution zur Einheitsfront mit

Christus trug nur einen Tag das Kreuz“, sagte er vornehmen. „Wir tragen es immer. Und wenn wir den Hügel erreichen, werden wir daran gelangen. Aber aber ich es, Maria, der die armen Menschen freizug, wer?“

X.

Mittwoch, Jochs Stiefel waren zerfallen. Dort, wo sich das Loch befand, schmerzte die Sohle am meisten. „Nun, was vergeblich haben.“ Gegen ihre Uhr nachmittags gab er die Hoffnung auf. Aber er lehrte nicht sein. Maria erfuhr es ja immer noch früh genug. Müde und traurig lief er sich in eine kleine Anlage. Die Hand stand unter zwei prächtigen Magnoliabäumen, die in voller Blüte waren. Joch hatte sie an. „Sei meine Gedanken erfüllt.“ Es gibt ja herrliche Dinge auf der Welt. Silberne Büchse und schöne Bücher, und Geschäfte voll prächtiger Waren. Aber nur für die anderen.“ Der Anlage gegenüber befand sich eine große Spielwarenbüchse. Joch betrachtete mit glitzernden Augen die molligen Bären, die Schafchen, die Pferdchen. „Wie mag ich ein Kind darüber freuen. Mein kleiner Joch behält sein einziges Spielzeug. Und er hat doch ein Recht darauf, ein Kind.“

Zwei gerlumpte kleine Knaben ließen stehen, proben die Rädchen am Schaukelstuhl platzt; ihre schlammigen Augen verhängen das Spielzeug. Da tat Joch über den Schritt nach vorn, den Maria schon seit langem getan. „Nun, ich hab ein Recht auf Spielzeug und Freude. Ihr armen Knaben. Wie Kinder haben es alle.“ Und die eine Freudekind wurde es ihm. „Man müßte dafür kämpfen, für das Recht der Kinder — und auch für das Recht aller Jener, die arbeiten.“

Joch Huber sah noch lange auf der Bank. Zum erstenmal, seit Wochen, dachte er nicht ausschließlich an die eigene Not, sondern an alle, die dardten und litten. Zum erstenmal in seinem Leben fühlte er sich als Teil, als einzelnes Glied einer gemeinsamen Kette. Da er heimkehrte, war Maria bereits in die Veranlassung gegangen. Joch behielt, ihr zu folgen.

unserer Arbeiterorganisation fehen. Wir würden uns freuen, wenn eine Ausprache mit dem BSB, oder mit einer vom Bundestag bestimmten Kommission zustande käme. Euch Nachricht ers bitten wir durch Rohpfort an unterbrechende Adresse.

Mit proletarischem Gruß

Ernst Steinbrin, Neudöln, Angenerstraße 12.

Dazu kam folgende telefonische Antwort:

Arbeiter-Samariterbund, erster Kreis.

Berlin, Herrenhaus, den 12. April 1925.

An den Proletarischen Gesundheitsrat, Berlin-Neudöln.

Der Bundestag des BSB, lehnt mit Rücksicht auf den inneren Charakter des BSB, jeden Versuch einer Verknüpfung ab.

Die Leitenden des Bundestages!

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg, geg: Erich Dunfel.

Dieser Briefwechsel muß jedem Arbeiterportier mit Deutlichkeit klar sein, auf welcher Seite der BSB zur Einigung vorzuziehen ist. Wenn der Bundestag mit Rücksicht auf den „inneren Charakter“ des BSB, Verhandlungen ablehnt, so heißt das, daß er das Bestreben zum Klassenkampf nach wie vor ablehnt; denn eine andere „innere Einstellung“ kennt der BSB nicht. Der BSB wird sich durch diese Haltung des Bundesparlamentes und des Bundestages des Arbeiter-Samariterbundes nicht abdrängen lassen von dem über. Von harten und einschneidenden Kampf eine Seite mit 85:15, die Sieger hervor. — Die 1. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, Abend 8 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 2. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 3. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 4. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 5. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 6. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 7. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 8. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 9. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 10. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 11. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 12. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 13. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 14. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 15. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 16. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 17. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 18. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 19. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 20. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 21. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 22. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 23. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 24. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 25. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 26. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 27. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 28. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 29. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 30. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 31. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 32. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 33. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 34. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 35. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 36. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 37. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 38. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 39. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 40. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 41. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 42. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 43. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 44. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 45. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 46. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 47. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 48. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 49. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 50. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 51. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 52. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 53. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 54. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 55. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 56. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 57. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 58. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 59. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 60. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 61. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 62. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 63. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 64. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 65. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 66. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 67. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 68. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 69. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 70. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 71. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 72. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 73. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 74. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 75. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 76. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 77. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 78. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 79. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 80. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 81. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 82. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 83. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 84. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 85. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 86. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 87. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 88. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 89. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 90. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 91. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 92. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 93. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 94. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 95. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 96. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 97. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 98. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 99. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 100. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 101. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 102. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 103. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 104. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 105. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 106. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 107. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 108. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 109. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 110. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 111. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 112. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 113. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 114. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 115. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 116. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 117. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 118. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 119. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 120. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 121. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 122. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 123. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 124. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 125. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 126. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 127. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 128. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 129. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 130. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 131. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 132. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 133. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 134. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 135. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 136. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 137. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 138. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 139. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 140. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 141. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 142. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 143. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 144. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 145. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 146. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 147. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 148. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 149. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 150. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 151. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 152. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 153. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 154. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 155. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 156. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 157. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 158. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 159. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 160. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 161. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 162. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 163. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 164. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 165. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 166. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 167. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 168. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 169. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 170. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 171. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 172. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 173. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 174. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 175. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 176. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 177. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 178. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 179. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 180. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 181. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 182. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 183. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 184. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 185. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 186. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 187. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 188. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 189. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 190. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 191. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 192. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 193. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 194. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 195. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 196. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 197. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 198. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 199. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 200. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 201. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 202. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 203. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 204. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 205. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 206. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 207. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 208. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 209. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 210. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 211. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 212. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 213. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 214. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 215. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 216. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 217. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 218. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 219. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 220. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 221. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 222. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 223. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 224. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 225. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 226. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 227. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 228. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 229. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 230. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 231. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 232. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 233. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 10 Uhr im Bismarckpark in Berlin. Die 234. Seite ist am Sonntag, dem 2. Mai, vormittags 1

